

Hacking of Consent

«Blogs» und was sie unsere politisch Verantwortlichen angehen

J. D. Boy

September/Oktober 2003

1 Einleitung

Es war Niklas Luhmann, der 1994 sagte: «Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir über die Massenmedien.» Spätestens seit der weltweiten Verbreitung des Internet in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts besteht die Hoffnung, den politischen Diskurs zumindest teilweise wieder in die öffentliche Sphäre verlegen zu können. Eine einzigartige Chance dafür bieten die sogenannten Blogs, wie ich hoffe im folgenden zeigen zu können.

Primäres Ziel dieser Hausarbeit ist es, möglichst allgemeinverständlich die Frage «Warum sollten politisch Verantwortliche bloggen?» zu beantworten. Einen besonderen Stellenwert hat in diesem Zusammenhang die Ansprache Jugendlicher für die Politik in einer repräsentativen Demokratie.

Leserinnen und Leser, denen der Begriff «Blogging» ein Rätsel ist, sollten zuerst den Abschnitt «Was ist ein Blog?» (1.1) lesen.

Wer darüber hinaus wissen möchte, welchen Stellenwert Blogs heute in der öffentlichen politischen Kommunikation haben, kann den Abschnitt «Ein Phänomen macht Karriere» (1.2) lesen.

1.1 Was ist ein Blog?

Die primäre Quelle für Definitionen von Neologismen, die ihren Ursprung im Internet haben und noch in kein Wörterbuch aufgenommen worden sind, ist die sogenannte *Jargon File*. Sie definiert «blog» folgendermaßen:

Short for weblog, an on-line web-zine or diary (usually with facilities for reader comments and discussion threads) made accessible through the World Wide Web.
(Raymond, 2003)

Zum einen zeichnen sich Blogs also dadurch aus, dass sie das einfache Erstellen von web-basierten Eintragungen (als Artikel oder kurze, stichwortartige Tagebucheintragungen) für einen oder mehrere Betreiber ermöglichen. Zum anderen ermöglichen sie in der Regel symmetrische Kommunikation, sodass Leserinnen und Leser eines Blogs zu den Eintragungen Kommentare hinterlassen können, die wiederum für den oder die Eigentümer des Blogs und alle anderen Leser sichtbar sind.

Die erste Blogging-Software, genannt «Manila», wurde vor nichtmal 10 Jahren geschrieben. Mittlerweile gibt es Unmengen an Software und Webdiensten, die das einfache Aufsetzen eines Weblogs ermöglichen. Da ein beachtlicher Teil dieser Software in alter Tradition als «freie Software» entwickelt wurde, kann sie eigenen Bedürfnissen angepasst werden und ohne Veräußerung von Lizenzgebühren genutzt werden. In der Regel stehen alle Derivate einer freien Software wiederum allen zur Verfügung, die sie nutzen wollen¹.

Ein Nebeneffekt dieser offenen Entwicklung und Verteilung von Blogging-Software ist, dass viele Anwender die Software jeweils um die Funktionen erweitert haben, die sie für nützlich hielten. Diese Erweiterungen wurden mit allen anderen Benutzern geteilt. Deshalb unterstützen die meisten Blogs mittlerweile multimediale Eintragungen, Archivierung, Durchsuchung, Syndikation, uvm.

In dieser Fülle technischer Möglichkeiten liegt die große Chance der Weblogs. Wie diese genau für die politische Kommunikation zwischen Wählerschaft und Politikern genutzt werden können, soll im Laufe dieser Hausarbeit dargestellt werden.

Sicherlich hilft es, einen Weblog zu sehen, um sich vorstellen zu können, worum es sich dabei handelt. Ein gutes Beispiel ist der Blog von Tom Watson², einem Labour MP aus West Bromwich.

1.2 Ein Phänomen macht Karriere

«Blogging» ist mit Sicherheit nicht das erste Spielzeug von hinter den Kulissen des Internets aktiven *geeks*, das sich rapide zum Werkzeug für jedermann entwickelt hat. Man denke an die Ursprünge uns heute selbstverständlich erscheinender Internetdienste: *internet relay chat* bzw. *instant messaging*, Email und das *world wide web* waren alle zunächst einer akademischen oder militärischen Elite vorbehalten, bevor sie breiten Einzug in Privathaushalte fanden.

Doch die Karriere des einstigen Randphänomens Blogging ist beachtlich. Ein Artikel in *Le monde diplomatique* betont die kritische Rolle von Blogs als alternative Informationsquelle

¹Weiteres über freie Software in GRASSMUCK, Volker: *Freie Software. Zwischen Privat- und Gemeineigentum.* Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2002

²<http://www.tom-watson.co.uk> (Alle URLs in den Fussnoten wurden am 30.09.2003 abgerufen)

zu den Massenmedien im Laufe der jüngsten Invasion des Irak. Die Augenzeugenberichte von «Salam Pax» aus Bagdad aus seinem Blog *Where is Raed?*³ wurden von hunderttausenden gelesen. Kriegsbefürworter, denen die Medien zu links sind, betrieben und lasen Blogs ebenso wie Kriegsgegner, denen die Berichterstattung der Massenmedien zu undifferenziert den Krieg unterstützte.

Darüber hinaus erwähnt der Autor des Artikels, dass die rassistischen Äußerungen des ehemaligen Chefs der republikanischen Mehrheit im US-Senat, Trent Lott, die letztendlich zu seinem Rücktritt führten, ohne die Erwähnung in einem Blog nicht ans Licht der Öffentlichkeit geraten wären (Pisani, 2003).

Ein Essay in der einflussreichen Fachpublikation *Foreign Affairs* bezeichnet Blogs gar als «*The New Foreign Correspondence*». «Traditionelle Auslandskorrespondenten üben keine Hegemonie über Auslandsnachrichten mehr aus», dank der neuen Informationsquellen, den Blogs, die von Amateuren in Eigenregie erzeugt und publiziert werden (Hamilton und Jenner, 2003, Übersetzung JDB). Die Gatekeeper-Funktion einer privatwirtschaftlich arbeitenden Redaktion entfällt, der Eintritt in das Berufsfeld wird erheblich vereinfacht.

Die Zeit stellt auf ihrer Website ihren Leserinnen und Lesern täglich neue «Weblog-Fundstücken» zur Verfügung. Dies ist teilweise als Eingeständnis der etablierten Presse zu verstehen, mit den mittlerweile rund 3 Millionen Bloggern weltweit nicht mehr mithalten zu können.

Damit nicht genug. Die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb am 18. Juli 2003, dass sich Howard Dean, einer von damals neun Präsidentschaftskandidaten der Demokraten in den Vereinigten Staaten, an die Spitze der Wählergunst ringen konnte. Unter anderem wurde dieser schnelle Aufstieg des Außenseiters Dean auf seinen *Blog for America*⁴ zurückgeführt, den seine Kampagne in den vorangegangenen Monaten für eine völlig neuartige Mobilisierung einer Graswurzelbewegung für Dean und gegen US-Präsident Bush genutzt hatte (NZZ, 2003). Wenngleich dieser frühe Vorsprung nicht überbewertet werden darf, so scheint er ausgereicht zu haben, um einen «Bandwagon» für Dean schaffen. Anhaltende Vorsprünge Deans in nachfolgenden Umfragen lassen zumindest darauf schließen. Und der Blog bleibt weiterhin aktiv.

Die «progressive» US-amerikanische Nachrichtenseite *AlterNet*⁵ lobte Deans innovative Nutzung des WWW mit den folgenden Worten:

[...] Dean should be commended by progressives for accomplishing what social justice movements so often work toward and only rarely achieve—his campaign is creatively utilizing the internet to facilitate large-scale independent organizing, and drawing significant numbers of new and disillusioned voters into the political process, getting many of them to contribute their time and energy away from the computer screen. (Pitney, 2003)

³http://dear_raed.blogspot.com

⁴<http://www.blogforamerica.com>

⁵<http://www.alternet.org>

CNN fragte: «*Will the Internet catapult Dean to the White House?*» (Dean ist nicht zufällig der einzige Kandidat, der einen Webmaster, Nicco Mele, in seinen Stab aufgenommen hat.)

Alles Gründe genug, sich näher mit diesem Phänomen zu beschäftigen.

2 Weblogs für politische Kommunikation

Ich meine im Vorangegangenen gezeigt zu haben, dass Blogs bereits einen beachtlichen Platz im öffentlichen Diskurs errungen haben. Im folgenden werde ich argumentieren, warum sich auch politisch Verantwortliche der Blogging-Community anschließen sollten.

Dabei werden Blogs aus zweierlei Sicht im Hinblick auf ihren Nutzen im Rahmen politischer Kommunikation zwischen Verantwortungsträgern und Wählerschaft bewertet. Zunächst erfolgt eine *normativ-demokratiethoretische* Einordnung. Danach werde ich versuchen, anhand einiger Argumente den konkreten Nutzen eines Weblogs für gewählte Volksvertreterinnen und -vertreter zu erläutern.

2.1 Das demokratiethoretische Argument

2.1.1 Vielfalt in der Berichterstattung

In Deutschland ist es Jürgen Habermas, in den USA ist es vornehmlich Noam Chomsky, Linguist am MIT, der sich als Kritiker der Mediengewalt hervortut. Habermas spricht von einer Öffentlichkeit, «in der kommerzialisierte Massenmedien den Takt angeben.» Chomsky kritisiert die komplizenhafte Rolle der Massenmedien in einer Gesellschaft, hinter deren Freiheiten sich verantwortungslose Macht und ungerechtfertigte Privilegierung von Eliten versteckt, vom *manufacture of consent*⁶ zur Erhaltung des Status quo. Auch die etablierten Politikwissenschaften sprechen von der «Mediendemokratie», in der die Massenmedien als vierte Staatsgewalt an den Geschicken des Staats maßgeblich mitwirken (wohlbemerkt *ohne* demokratische Legitimation).

Selbst wer der tiefgreifenden Kritik Habermas' und Chomskys an westlichen Demokratien nicht zustimmt, wird die Notwendigkeit einer vielseitigen Berichterstattung in liberalen demokratischen Gesellschaften anerkennen. Die Welle des Protests, die mit der Entscheidung der Federal Communications Commission (FCC) am 2. Juni 2003 in den USA einherging, weitere Konzentration und Konsolidierung im Medienbereich zuzulassen, zeigte die breite Unterstützung dieser Überzeugung in der Bevölkerung westlicher Demokratien⁷.

Die Folgen der Medienkonzentration sind die Minderung des Wettbewerbs, folglich eingestellte Innovation bei Preisen, Produkten und Prozessen; die Reduktion der Zahl der Anbieter;

⁶Interessanterweise ist dieser Ausdruck fast derselbe, den Edward Bernays, Begründer der PR, verwendete – er sprach vom *engineering of consent*

⁷Siehe u.a.: <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/14925/1.html>

gehemmte Möglichkeit des Marktzutritts neuer Anbieter und Angebote; sowie eine Veränderung des politischen Spielfelds zum Vorteil der Medienkonzerne, denn «Medien produzieren nicht nur Waren, sondern auch Waffen für die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung» (Heinrich, 2001, 128).

Auch das Internet, von seiner Natur her eigentlich ein Gebilde, das auf Vielfalt beruht, ist seit der Kommerzialisierung des WWW in der Boom-Phase des Neuen Marktes verstärkt konzentriert. Eine Studie von Jupiter Media Metrix im Jahre 2001 zeigte, dass 14 Firmen 60 Prozent der Onlinezeit des Durchschnittsnutzers kontrollieren. 1999 waren es noch 110⁸.

Die einzigartige Chance der Blogs ist die Vergrößerung des Angebots, wodurch diesen Tendenzen entgegengewirkt werden kann. Der «Markteintritt» für Blogs ist extrem einfach und fast ohne Startkapital zu schaffen. Somit wird der Meinungsmarkt wieder für alle zugänglich, nicht nur für Medienkonzerne.

2.1.2 Erhöhte Transparenz durch direktere Kommunikation

Eine Folge der erhöhten Vielfalt ist, dass die Möglichkeit horizontaler «*many to many*» Kommunikation entsteht. Das kann für politisch Verantwortliche eine größere Unabhängigkeit von «Big Media» und *spin doctors* bedeuten – eine Entwicklung, die nicht nur im Interesse von Politikern ist, sondern insbesondere im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Die symbiotische Beziehung zwischen Politikern und Journalisten kann zu einem gewissen Grade aufgelöst und die verfilzte Grenze zwischen politischem und journalistischem System klarer definiert werden.

Ein weiteres Argument, das aus demokratietheoretischer Sicht für Weblogs spricht, ist die Möglichkeit symmetrischer (bidirektionaler) Kommunikation. Die oben genannte Feedback-Funktionalität kann als Mittel einer vereinfachten Kommunikation zwischen Repräsentanten und Wählerschaft genutzt werden. Politiker können einfacher zur Rechenschaft gezogen werden und gezwungen werden, die Transparenz ihrer Arbeit zu erhöhen.

2.1.3 Erhöhte Transparenz durch besseren Zugang zu Informationen

Ebenfalls zur Erhöhung der Transparenz des politischen Prozesses tragen zwei technische Möglichkeiten von Blogs bei: Archivierung und Syndikation. Da i.d.R. jede Eintragung in einen Weblog archiviert wird, könnten Politiker, die regelmäßige Eintragungen in einen Blog tätigen, zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sich Äußerungen als falsch erweisen oder Versprechen gebrochen werden.

Syndikation bezeichnet die Möglichkeit, auf die Inhalte von Blogs dezentral zuzugreifen. Da die Eintragungen eines Weblogs in einem standardisierten Format, genannt *Resource Description Framework Site Summary* (RSS), abgelegt werden, können die Inhalte mehrerer Blogs in

⁸Die vier größten – AOL Time Warner, Yahoo!, Microsoft und Napster – kontrollierten gemeinsam 50% der Onlinezeit des durchschnittlichen Netznutzers. Siehe: http://www.businessweek.com/magazine/content/02_11/b3774608.htm

einem «Syndikat» zusammengefasst werden. Es bestünde also die Möglichkeit, die Blogs aller Politiker zu einem Syndikat zusammenzufassen, durch das interessierte Wähler die Positionen aktiver Vertreter einer Region zu aktuellen Themen per Stichwort abfragen könnten. Eine Suche nach «Regiorapid» in der Region NRW könnte z.B. offenbaren, was die Position des heimischen MDL zu diesem Thema ist bzw. war.

2.1.4 Ermächtigung der Wählerschaft

Vor 10 Jahren veröffentlichte Michael Hauben, damals Student an der Columbia Universität in New York City, einen Essay, in dem er eine neue Staatsbürgerrolle voraussagte; er nannte sie *netizen*. Der Titel lautete «*Common Sense: The Net and Netizens*». Der Zusatz «*A Revitalization of People Power, a Strengthening of People Power. Bottom Up is the Principle of this paper*» verdeutlicht, dass Hauben früh das Potenzial des Internet erkannt hat, die Versprechen demokratischer Gesellschaften Realität werden zu lassen (Hauben, 1993)⁹.

Hauben war in der Folge (bis zu seinem frühen Tode im Jahr 2001) einer der ersten, der die Parallelgesellschaft Internet empirisch untersuchte.

2.1.5 Stärkung der öffentlichen Sphäre

Alinta Thornton von der University of Technology in Sydney fragte 1996: «*Does Internet Create Democracy?*» Sie bezieht sich im Laufe ihrer Arbeit u.a. auf die normativen Vorstellungen der Frankfurter Schule, besonders auf die Notwendigkeit einer öffentlichen, universell zugänglichen «Arena» für diskursive Kommunikation in demokratischen Gesellschaften. In ihrem Fazit sah sie damals das Potenzial des Internets, Demokratie zu «erzeugen», zwar dadurch geschwächt, dass der Zugang zum Internet in einer Reihe gesellschaftlicher Gruppen zu wenig verbreitet war, kam allerdings zu dem Ergebnis, dass es «eine echte Chance für breitere Beteiligung, demokratische Kommunikation und eine wahre Wiederbelebung der öffentlichen Sphäre» darstellt (Thornton, 1996, Übersetzung JDB).

Seitdem hat sich der Internetzugang fast zur Selbstverständlichkeit entwickelt und ist besonders unter Jugendlichen (eine wichtige Zielgruppe für politisch Verantwortliche, die zunehmend schwer zu erreichen ist) stark verbreitet.

2.1.6 Virtueller Kommunitarismus

Fakt ist, dass sich ein beachtlicher Teil des öffentlichen Diskurses bereits in der Blogging-Community vollzieht. Politisch Interessierte jeglicher Couleur, Künstler und Kulturkritiker bedienen sich dieses Mediums. Wer eine Kluft zwischen Volksvertretern und dem *demos* verhindern will, sollte sich vielleicht den Slogan «*representation through virtualization*» zu Herzen nehmen.

⁹Zum zehnten Jubiläum von *Netizens*: <http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/15167/1.html>

Es besteht die Chance eines «virtuellen Kommunitarismus». Bisherige Theorien der partizipativen Demokratie sind an inhärenten Problemen des Pluralismus, besonders der mangelnden Organisationsfähigkeit einiger Interessengruppen, gescheitert. Im Netz der Blogs ist jedoch jede Stimme gleich laut, unabhängig davon, ob sie die einer Professorin oder einer Hausfrau ist.

Was bisher nur mit hohem Kosten- und Zeitaufwand auf Flugblättern ein begrenztes Publikum finden konnte, wird jetzt für alle Netznutzer zugänglich.

2.2 Der konkrete Nutzen

Soweit das demokratietheoretische Argument für Politiker-Blogs. Ich meine dargestellt zu haben, warum es aus dieser Sicht wünschenswert ist, dass sich gewählte Vertreter die Zeit nehmen, einen Blog aufzusetzen und zu führen.

Aber auch fernab der Theorie gibt es ganz konkrete Gründe, die dafür sprechen, dass das Betreiben eines Blogs ganz im Interesse von Volksvertretern wäre.

2.2.1 Breitere Öffentlichkeit

Zunächst besteht der – besonders für Früheinsteiger in das Blogging – erhöhte Öffentlichkeits-effekt. Populäre Suchmaschinen wie *Google*¹⁰ sortieren ihre Ergebnislisten nach der Höhe der «Note», die an das Suchergebnis vergeben wird. Diese Note ist dann höher, wenn auf die gefundene Seite viele Verweise existieren. Da Blogs untereinander eine Art «selbstreferentielles System» bilden, in dem jeder Blog auf viele andere verweist oder deren Inhalte per Syndikation übernimmt, erhalten Blogbeiträge fast durchweg höhere Platzierungen bei Suchmaschinen als statische Webseiten.

2.2.2 Breiteres Publikum

Diesen Öffentlichkeitseffekt können politisch Aktive zur Ansprache neuer Publika für ihre Agenda nutzen. Besonders Jugendliche greifen für Informationen und Recherche auf das www zurück, wobei Suchmaschinen in der Regel der Ausgangspunkt sind. Blogs bieten von daher eine realistische Möglichkeit, diese schwer erreichbare Zielgruppe in den politischen Prozess einzubeziehen.

2.2.3 Neue Möglichkeit der Partizipation

Die Beteiligung am politischen Prozess über einen Blog ist ohne weitreichende Verpflichtungen möglich und hat zudem direkte Auswirkungen, sofern sich die Betreiberin bzw. der Betreiber

¹⁰<http://www.google.com>

die Mühe macht, Kommentare zu lesen und zu beantworten. Auch dies macht Blogs für die Ansprache Jugendlicher attraktiv, denen nachgesagt wird, nicht willens zu sein, Verpflichtungen einzugehen und eine kurze Aufmerksamkeitsspanne zu haben.

Zwar rufen derzeit nur eine Minderheit der Nutzer des www regelmäßig Blogs ab. Es ist aber zu erwarten, dass sich die Zahl derer, die auf derartige Angebote zurückgreifen erhöht, wenn sich das Angebot erweitert.

2.2.4 Vertrauensbildung

Politiker-Blogs befähigen Wähler, sich über das Handeln ihrer gewählten Vertreterin in Echtzeit und aus erster Hand zu informieren. Wenn der Blog richtig und ehrlich geführt wird (nicht bloß als günstige Möglichkeit, Pressemitteilungen an die Öffentlichkeit weiterzugeben), kann er sich als Mittel zum Abbau von Misstrauen gegenüber den politischen Verantwortungsträgern erweisen.

2.2.5 Direkterer Einfluss auf öffentlichen Diskurs

Zuletzt ist nicht unterzubewerten, dass die Möglichkeit der selbstbestimmten medialen Darstellung der politischen Tätigkeit durch Blogs erweitert wird. Während bei den klassischen Massenmedien der Einfluss von Politikern auf das Geschriebene auf undurchsichtige persönliche Kontakte mit Journalisten beschränkt ist, schaffen Blogs neue publizistische Einheiten, die explizit die Ansichten ihrer Betreiberinnen und Betreiber an die Öffentlichkeit wiedergeben¹¹.

3 Schlussfolgerung

Ich hoffe, im vorangegangenen Abschnitt dargelegt zu haben, dass die Nutzung von Blogs durch politisch Verantwortliche sowohl im gesamtgesellschaftlichen Interesse eines demokratischen Staats ist, als auch im Interesse der Politikerinnen und Politiker selbst. Einerseits, weil sie den öffentlichen Diskurs fördern und den politischen Prozess einem breiteren Publikum eröffnen, andererseits, weil sie politische Verantwortungsträger aus der Abhängigkeit von etablierten Medienkonzernen befreien können.

Im folgenden geht es um die technische Realisierbarkeit. Ferner werden einige Argumente untersucht, die gegen Politiker-Blogs herangeführt werden könnten.

¹¹Eine kurze Erörterung, warum Politiker allein schon aus Eigeninteresse einen Blog führen sollten, findet sich hier: <http://www.bloggerheads.com/politicians.asp>

3.1 Umsetzbarkeit

3.1.1 Erstaufwand

Wie zuvor erwähnt ist das Aufsetzen eines Blogs mit wenig zeitlichem oder finanziellem Aufwand verbunden. Es gibt eine Reihe kostenloser, nicht-kommerzieller Dienste, die das Betreiben eines Blogs ermöglichen (z.B. *Antville*¹²), sowie einige kommerzielle Dienste, die sich in der Regel über eingblendete Werbebanner oder Gebühren der Blogbetreiber finanzieren.

Darüber hinaus ist – wie weiter oben bereits erwähnt – das Angebot an Blogging-Software enorm (eines der beliebtesten Systeme ist die freie Software *MovableType*¹³). Derartige Applikationen können mit relativ wenig Aufwand auf einem dedizierten Server betrieben werden. Auch in diesem Falle sind die Kosten, die in der Regel monatlich anfallen, tragbar.

3.1.2 Zeitfaktor

Darüber hinaus ist jedoch die ständige Aktualisierung eines Blogs ein beachtlicher Zeitaufwand, da zumindest einmal täglich eine neue Eintragung über aktuelle Entwicklungen nötig ist. Kommentare der Blogbesucher müssen ebenfalls mindestens einmal täglich beantwortet (ggf. gar zensiert) werden. Dass dieser Zeitaufwand lohnt, hoffe ich in dieser Arbeit dargestellt zu haben. Einige britische, niederländische und US-amerikanische Volksvertreter beweisen, dass die zusätzliche Belastung durch das Betreiben eines Blogs tragbar ist¹⁴. Sicherlich ist die Tatsache, dass Blogbeiträge von mobilen Zugangsgeräten mit drahtlosem Internetzugang von fast überall gemacht werden können, förderlich.

Laut Derek Karchner, einem Angestellten für Öffentlichkeitsarbeit eines Kongress-Abgeordneten aus dem Teilstaat Pennsylvania, sind eine Reihe Kongress-Abgeordneter derzeit dabei, ihre Webauftritte durch Blogs zu erweitern. Insofern lautet die Frage vielleicht nicht mehr, *ob* sich Blogs in der politischen Kommunikation durchsetzen, sondern *wann* sie es tun.

3.2 Kritik

Bei allen Argumenten auf der Pro-Seite verbleiben dennoch einige Gegenargumente, die sich in der Regel aus Schwächen unseres politischen Systems ergeben, zu behandeln.

3.2.1 Parteilinie

Besonders in Deutschland ist die Rolle von Parteien sehr stark. Dies wird in der Regel auf ihre konstitutionelle Verankerung in Art. 21 GG zurückgeführt. Kritiker reden von der «Parteien-

¹²<http://www.antville.org>

¹³<http://www.movabletype.org>

¹⁴Einige Beispiele: Gerrit Zalm, niederländischer Finanzminister: <http://www.zalmlog.nl>; Tom Watson, MP aus West Bromwich East: <http://www.tom-watson.co.uk>; Richard Allan, MP aus Sheffield Hallam: <http://www.sheffieldhallam.co.uk/blog/>; James Mills, britischer Ratsabgeordneter: <http://jamesmills.blogspot.com/>; Gary Hart, ehem. Senator aus Colorado: <http://www.garyhartnews.com/hart/blog/>

demokratie», der «Parteienfilz» hierzulande ist nicht erst seit den großen Spendenaffären ein bekanntes Problem.

Diese starke Rolle der etablierten Parteien in der Bundesrepublik hat zur Folge, dass Volksvertreter, die theoretisch nur ihrem Gewissen verpflichtet sind, ihr politisches Handeln häufig primär gemäß Fraktionszwang ausrichten (müssen). In den USA beispielsweise ist das anders: Initiativen aus Gruppen mit Mitgliedern beider Parteien heraus sind im Kongress keine Seltenheit, und auch Mitglieder der GOP können es sich mitunter leisten, Präsident Bush öffentlich zu kritisieren.

Können Politikerinnen und Politiker in der Bundesrepublik aber in Anbetracht dieser Tatsache wirklich an dem «organischen» Diskurs der Blogger teilnehmen? Oder sind sie so sehr von ihrer Partei abhängig, dass sie ihre Ansichten *a priori* mit der Parteilinie koordinieren müssen?

Dies ist eine Frage, die politisch Verantwortliche für sich beantworten müssen, ehe sie sich überlegen können, in einem Blog so zu schreiben, «wie ihnen der Schnabel gewachsen ist».

3.2.2 Vertrauenswürdigkeit

Der zweite Einwand ist auf eine weitverbreitete zynische Sicht auf politisch Verantwortliche zurückzuführen, sie grundsätzlich als nicht vertrauenswürdig anzusehen.

Dass man nicht alles glauben darf, was man in den Medien hört, liest und sieht, besonders wenn es um politische Fragen geht, haben viele schon gelernt. Warum sollte das bei Blogs anders sein, besonders wenn sie von Politikern betrieben werden?

Instinktiv werden wir uns fragen: Wollen Politiker wirklich, dass ihre Wählerschaft darüber informiert ist, was sie denken und tun? Ist es nicht naheliegender, dass Politiker-Blogs, sollten sie sich durchsetzen, wiederum von Spin Doctors geführt würden, die die Wahrheit zu verschleiern versuchen?

Sollten sich diese Befürchtung bewahrheiten, wäre das demokratisierende Potenzial des Internet erneut geschwächt. Warum sollte der Effekt aber nicht umgekehrt verlaufen – und Politiker sich in einer Situation wiederfinden, in der sie ehrlich sein *müssen*, wenn sie nicht untergehen wollen?

3.3 Fazit

Blogs stellen eine realistische Möglichkeit dar, die öffentliche Kommunikation in der Bundesrepublik und anderen demokratischen Gesellschaften zu demokratisieren. Strukturelle und systemische Hindernisse existieren zwar. Unsere Gesellschaft hat sich aber in der Vergangenheit als anpassungsfähig erwiesen, als beispielsweise das Fernsehen dabei war, die politische Kommunikation zu revolutionieren. Es bleibt abzuwarten, ob die innovative Nutzung des WWW ähnliche nachhaltige Effekte haben wird. Die Erfahrungen Howard Deans legen das nahe.

Besonders in Hinblick auf die Möglichkeit, Jugendliche verstärkt in den politischen Prozess einzubeziehen, sollte nichts unversucht bleiben. Politisch Verantwortliche, die genuines Interesse daran haben, diese Gruppe junger Staatsbürgerinnen und -bürger anzusprechen, sollten einen Blog zum Teil ihrer Taktik machen.

Literatur

- [Hamilton und Jenner 2003] HAMILTON, John M. ; JENNER, Eric: The New Foreign Correspondence. In: *Foreign Affairs* (2003), September/Oktober
- [Hauben 1993] HAUBEN, Michael: *Common Sense: The Net and Netizens*. – URL <http://www.columbia.edu/~hauben/CS/>. – Zugriffsdatum: 2.10.2003
- [Heinrich 2001] HEINRICH, Jürgen: *Medienökonomie, Band 1. Mediensystem, Zeitung, Zeitschrift, Anzeigenblatt*. 2. Wiesbaden : Westdeutscher Verlag, 2001
- [NZZ 2003] NEUE ZÜRCHER ZEITUNG: *Dank Internet zum populären Präsidentschaftskandidaten*. 2003. – URL <http://www.nzz.ch/2003/07/18/al/page-newzzDIA13B77-12.html>. – Zugriffsdatum: 29.09.2003
- [Pisani 2003] PISANI, Francis: Salam Pax, Warblogs und andere Online-Tagebücher. In: *Le monde diplomatique* (2003), August
- [Pitney 2003] PITNEY, Nico: *The Progressive Case for Howard Dean*. 2003. – URL <http://alternet.org/story.html?StoryID=16592>. – Zugriffsdatum: 29.09.2003
- [Raymond 2003] RAYMOND, Eric S.: *The Jargon File 4.4.4*. 2003. – URL <http://catb.org/esr/jargon>. – Zugriffsdatum: 29.09.2003
- [Thornton 1996] THORNTON, Alinta: *Does Internet Create Democracy?* 1996. – URL <http://www.zipworld.com.au/~athornto/>. – Zugriffsdatum: 29.09.2003

© Copyright 2003 John D. Boy

Es ist gestattet, diese Arbeit vollständig oder teilweise zu reproduzieren, vorausgesetzt, dass dieser Hinweis erhalten bleibt. Änderungen am Text müssen klar als solche kenntlich gemacht werden.